

Kaiserbrief-Nachklänge in Frankreich.

Bern, 27. April.

In der französischen Presse und im Parlament macht sich eine ziemlich heftige Opposition gegen die Ablehnung von Friedensbesprechungen geltend. Clémenceau hätte die Debatte in der Kammer gerne bis zu einem wirklichen oder eingebildeten Waffenerfolge hinausgeschoben, um seine Politik leichter verteidigen zu können. Aber der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem Clémenceau alle auf den Kaiserbrief und die Verhandlungen in Freiburg bezüglichen Dokumente unterbreitete und in einer fast zweistündigen Rede eingehend erläuterte, zeigte sich sehr zurückhaltend und behielt die Akten, um der Kammer darüber zu berichten. Dieser Debatte kann Clémenceau nicht mehr entgehen und so trachtet er nunmehr, wenigstens eine öffentliche Erörterung zu vermeiden. Unter den Volksvertretern wird die Mißstimmung durch die Feststellung erhöht, daß eine so wichtige Angelegenheit unter Ausschluß des Parlaments, ja der meisten Mitglieder der letzten Regierung in einem für den Frieden ungünstigen Sinne entschieden wurde. Gegen dieses Vorgehen des früheren Ministerpräsidenten Ribot verwahren sich mehrere seiner ehemaligen Kollegen, darunter sogar der Minister des Außen, dem diese Sache vorenthalten blieb.

Die sozialistischen Abgeordneten richten ihre Angriffe nicht nur gegen Clémenceau und Ribot, sondern ganz besonders gegen Poincaré, dem neuerdings vorgehalten wird, daß er mit dem ehemaligen Zaren einen Geheimvertrag abgeschlossen hat, der Frankreich schwere Verpflichtungen auferlegte. Der Pazifist und ehemalige Abgeordnete Lucien de Feher greift im „Journal du Peuple“ Ribot heftig an, weil dieser ganz allein, ohne auch nur die Mitglieder seines Kabinetts zu befragen, den Kaiserbrief totgeschwiegen hat. Clémenceau sei es gelungen, Frankreich mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen; aber Clémenceau und dessen Anhang sei nicht darüber erboht, weil Oesterreich-Ungarn nunmehr seine Truppen an die Westfront schicke, sondern weil seine Bemühungen zugunsten des Friedens ehrlich gemeint waren. Das müsse man endlich einmal begreifen.

Abg. Deshayes wirft in der „Lanterne“ dem Kammerausschuß vor, daß er die ganze Angelegenheit für sich zurückzuhalten suche, indem doch alle Volksvertreter das Recht und die Pflicht hätten, sich zu informieren, und wäre es auch nur, um der Eventualität vorzubeugen, daß die Regierung bei neuen Friedensangeboten das Beispiel Ribots und Clémenceaus befolge.

Der Minderheitssozialist Maheras, einer der Führer der Zimmerwalder, verweist in der „Verité“ darauf, daß Briand sich nicht scheute, die ihm von deutscher Seite im Sommer 1917 gemachten Angebote entgegenzunehmen und sie an das Ministerium des Aeußern weiterzuleiten, an dessen Spitze damals Ribot stand. Maheras erinnert daran, daß in der von ihm veranlaßten Geheim Sitzung der Kammer vom 16. Oktober 1917 die Erklärungen Ribots über seine Haltung gegenüber den ihm vom Briand übermittelten Vorschlägen seinen Sturz veranlaßten.

Bern, 27. April.

Der „Heure“ zufolge beabsichtigt Abg. Forgeot in der Kammer am nächsten Dienstag einen Beschlußantrag einzubringen, wonach die Kammer sich als Generalkommission konstituieren soll, um alle die Landesverteidigung betreffenden Fragen zu prüfen, besonders die Aktenstücke, die Clémenceau jüngst den vereinigten Kammerausschüssen vorgelegt hat. Forgeot hält es für notwendig,

daß die Kammer in ihrer Gesamtheit über alles Vorgefallene unterrichtet werde. Die Mehrzahl der Abgeordneten hat sich der Ansicht Forgeots angeschlossen.

„Petit Parisien“ zufolge wünscht die Mehrzahl der Senatoren gleichfalls in die Aktenstücke Einsicht zu nehmen. Es stehe zur Stunde noch nicht fest, auf welche Weise diese Parlamentarier die Angelegenheit im Plenum vorbringen werden, falls der Antrag Forgeot abgelehnt würde.